

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/227

Bonn, den 29. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Zum Schaden unseres Volkes</u> Extremes von links und rechts im Haß gegen die SPD vereint	39
2 - 3	<u>Deutsch-französische Harmonie - leicht getrübt</u> Von Hanns Heinz Bauer, Würzburg, MdB, Stellv. Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe	99
4	<u>Monatsmiete - 2 000 DM</u> Diplomaten-Wohnungen, eine schwierige Nuß Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	45
5 - 6	<u>Peinliche Tage für Griechenlands Militärjunta</u> "Entlastungszeugen" wurden zu Anklägern Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	63

Zum Schaden unseres Volkes

Extreme von links und rechts im Haß gegen die SPD vereint

sp - Der Bundeskanzler hat zwei Briefe an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Herrn Stoph, geschrieben. Er hat Verhandlungen angeboten, zu denen der Staatssekretär im Bundeskanzleramt bereitstünde. Er hat im Deutschen Bundestag zusätzlich erklärt, daß er, sofern das erfolgversprechend sei, auch zu einem Zusammentreffen mit Stoph bereit sei. Bekanntlich gibt es sehr viele Personalunionen zwischen Partei- und Regierungsapparat in Ostberlin, vom ersten Mann, Walter Ulbricht, angefangen. Gespräche mit Ostberlin sind nichts Schlimmes, sondern liegen in der Absicht der Bundesregierung. Dabei ist es selbstverständlich, daß Verhandlungen sorgfältig vorbereitet werden müssen. Sondierungen in diesem Zusammenhang vorzunehmen ist die Pflicht jeder Regierung. Man könnte ihr einen Vorwurf machen, wenn sie dieser Pflicht nicht nachkäme oder derartige Sondierungen unterließe.

Zugunsten der Bundesregierung ist zu hoffen, daß sie solche Sondierungen mindestens versucht hat. Es ist sicher, daß es nicht ihre Schuld ist, wenn sie erfolglos geblieben sind; denn dies ist doch klar: Die Führung in Ostberlin hat die Politik der innerdeutschen Kontakte zur Organisation des Nebeneinander, zur Erleichterung der Lage im geteilten Deutschland für die Menschen abgelehnt. Der SED ist diese Politik lästig. Sie triumphiert und benutzt sogar die Besetzung der Tschechoslowakei, um diese lästige Politik für möglichst lange Zeit loszuwerden. Man muß in die zwanziger Jahre und in die Zeiten der Zwangsvereinigung in der sowjetisch besetzten Zone im Jahre 1946 zurückgehen, um ähnliche Haßtiraden zu finden, wie sie heute von der SED gegen die Sozialdemokratische Partei und einzelne ihrer Mitglieder vorgebracht werden.

Aber das ist nichts Neues. Im Haß gegen Sozialdemokraten haben sich die Extreme von rechts und links schon immer gefunden. Zum Schaden unseres Volkes. BAYERN-KURIER, NS-Zeitung und NEUES DEUTSCHLAND in einer Front. Eine feine Gesellschaft. Sie behaupten, sie verleunden, aber sie beweisen nichts. Goebbels hätte seine Freude daran.

Und der Herr Bundeskanzler ist bekanntlich "nur" Vorsitzender der CDU. Was maßgebliche Männer der CSU machen, ist eine andere Sache. Entweder hat er zu wenig Einfluß oder er ist nicht willens, dafür zu sorgen, daß die Schwester-Partei zwar in der Koalition bleibt, aber sich in ihrer Propaganda verhält, als gehöre sie ihr nicht mehr an.

Deutsch-französische Harmonie - leicht getrübt

Von Hannsheinz Bauer, Würzburg, MdB,

Stellv. Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe

Seit 1961 veranstalten die beiden Freundschaftsgruppen der Nationalversammlung und des Bundestages jährlich ein Treffen - abwechselnd in Frankreich und in der Bundesrepublik. Die bisherigen Treffpunkte in zeitlicher Reihenfolge waren Trier, Paris, Würzburg, Saumur, Düsseldorf, Mont St. Michel, Feldafing/München und am vergangenen Wochenende Lyon. Das Gesprächsthema der Arbeitstagung schlägt der jeweilige Gastgeber vor - es ergibt sich in der Regel aus den aktuellen Vorgängen zumeist europäischen Hintergrunds. Für die letzte Zusammenkunft hatte man das sicherlich nicht mehr auf die Nägel brennende Thema "Intervention in der CSSR" gewählt; ihm widmete man sich in der Vormittagssitzung, während man nachmittags den unmittelbar drängenden währungspolitischen Problemen Raum gab.

Zum Thema CSSR war man sich einig in der Verurteilung des Vorgehens der intervenierenden Ostblockstaaten sowie auch darüber, daß es eine echte Alternative zur Friedens- und Entspannungspolitik nicht gebe. Sonst sah die französische Seite im Vorgang der Intervention keine "spezifisch gegen den Westen" gerichtete Aktion, vor allem nicht gegen die USA, sondern mehr innenpolitisch auf die Warschauer-Pakt-Staaten gerichtet. Man bemühte sich, das Problem in den größeren Weltmaßstab im Zusammenhang mit der auf Yalta zurückgehenden Blockpolitik und dem indirekten Druck Chinas auf den europäischen Ostblock zu rücken und die Bedeutung des militärischen Sicherheitsproblems in Europa herunterzuspielen: Man warnte vor den realen und unheilvollen Folgen eines "Automatismus", womit die Tragödie des Einsatzes von Atomwaffen beginne; man müsse von den Verträgen ausgehen und im Fall eines Falles sofort die Konsultation in Gang setzen. Im übrigen verließ man sich auf die amerikanische Abschreckung, der sich dann auf französischer Seite notfalls die abgestufte Antwort in Form der Verwendung kleinerer (taktischer) Atomwaffen beigesellen könne.

Im großen und ganzen redete man ebenso höflich wie hartnäckig aneinander vorbei. Auf konkrete deutsche Fragen nach dem französischen Beitrag im Fall denkbarer Konflikte im Zusammenhang etwa mit Interventionen in Rumänien bzw. Jugoslawien ohne atomares Engagement im Hinblick auf konventionelle Streitkräfte wurde ins Unverbindliche ausgewichen, allerdings später in persönlicher Unterhaltung bestätigt, daß man an der Planung mittlerer Atomwaffen sowohl von U-Booten aus wie vom Lande her festhalte und mittlere Raketen bereits 1970 einsatzfähig seien. Das vorhandene große Problem einer beabsichtigten Reduzierung französischer konventioneller Streitkräfte zu Lande wurde bewußt umgangen. Immerhin wurde auf deutsche Vorhalte wegen der erwünschten Sicherheitsverpflichtung für Berlin konkret geantwortet, daß man zu seinen Garantien nach wie vor stehe. - Im engeren Gespräch wurde schließlich deutlich, daß das offizielle Frankreich mit der Mitgliedschaft Englands in der EWG innerhalb von zwei Jahren rechne.

War die Atmosphäre der Vormittagsausprache noch als diplomatisch-temperiert zu bezeichnen, so führte die Spannung vor dem Hintergrund der erstmalig in europäische Defensivhaltung gedrängten französischen Position zu unverblümt harten Äußerungen. Nicht nur der prominente Gaullist Kabib-Deloncle brachte klar zum Ausdruck, daß die deutsch-französische

Solidarität in der Krise nicht funktioniert habe, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Rücken der Franzosen ausgetragen werden sollten und daß die Bundesrepublik zur Bewältigung der Folgen der Mai-Ereignisse nicht ausreichend Hilfe geleistet habe. Es gebe keine gemeinsame Politik und Frankreich sei schon bei der Einfügung der Präambel zum Deutsch-Französischen Vertrag tief enttäuscht gewesen. Des deutschen Bundeskanzlers Äußerung, es werde während seiner Kanzlerschaft keine DM-Aufwertung geben, wurde kritisiert.

Die deutschen Teilnehmer wurden mit der makabren Einschätzung konfrontiert, sie seien durch ihre nationale Haltung mehr oder weniger schuld am gegenwärtigen französischen Währungsdesaster, während in der Tat der Gaullismus durch die ihm innewohnende Einseitigkeit und die Methode der einsamen Prestigebeschlüsse in diese Lage manövriert worden ist. Die deutschen Delegierten mußten ebenso deutlich mit Darlegungen kontern, daß eine deutsche Aufwertung ähnliche Folgen zeitige wie die einer Franc-Abwertung, daß die Bundesrepublik bei der Zwei-Milliarden-Hilfe immerhin mit 600 Millionen DM beteiligt, daß die Präambel im Sinn echt euroöischer Zusammenarbeit beschlossen worden sei und daß in der gemeinsamen Verflechtung nur supranationale Lösungen zum Ziel führen könnten, da ohne internationale Kooperation eine Eskalation weiterer Krisen zu gewärtigen sei. Man dürfe nicht über Mängel an Solidarität klagen, wenn nicht die erforderlichen Konsultationen in zeitlicher Notwendigkeit und mit klaren Ergebnissen vor einseitige Entscheidungen gestellt würden.

Die Ungewißheit der bevorstehenden Lösungen, die Schlagzeilen der Zeitungen und die das französische Selbstbewußtsein und nationale Prestige zuweilen hart ansprechenden Karikaturen der Blätter halfen dazu, daß Nervosität und Unmutgefühle eher gefördert als abgetragen wurden.

Der prekäre Augenblick wurde symbolisch treffend in einer Zeichnung eingefangen, in der ein in Uniform gekleideter Franzose die von einem Deutschen mit Pickelhaube bewehrten Soldaten in seinen Stahlhelm gegebenen Geldstücke mit dem Satz quittierte: "Danke, das arme Deutschland ist ein großes reiches Volk," und der Deutsche darauf grinsend antwortet: "Tut nichts zur Sache, Frankreich ist eine große arme Nation!" Diese den meisten Franzosen als unwahrscheinliche Spätfolge eines gewonnenen Krieges an die Seele rührende im Sinn der Umkehrung geschichtlicher Logik gesehene Symbolik geht tiefer als äußerlich erkennbar.

Das diesjährige deutsch-französische Treffen stand im großen und ganzen im Schatten dieser Entwicklungen und Gegebenheiten. Der Rahmen der Gastfreundschaft war wie immer großzügig und freundschaftlich. Der Boden der Stadt Lyon und ihres Rathauses, das bei den Empfängen des Präfekten wie des Bürgermeisters mit örtlicher Prominenz - Kardinal wie General - Solidität, Behäbigkeit und Wohlhabenheit einer bedeutenden Industrie- und Handelsstadt ältester Kultur ahnen ließ, war die richtige Basis für die Weiterentwicklung und Vertiefung freundschaftlicher Verbindung zwischen beiden Ländern. Auch die wiederholt betonte partnerschaftliche Verbundenheit zwischen Lyon und Frankfurt mag Gleichnis sein für den guten Willen zur Gemeinsamkeit in Europa. Aber selbst die ausgezeichneten Weine von Macon oder der Ausflug in die Region Beaujolais konnten nicht vergessen machen, daß ein wunder Punkt im deutsch-französischen Verhältnis zu überwinden sein wird.

Monatsmiete - 2 000 DM

Diplomaten-Wohnungen, eine schwierige Nuß
Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid.

Bundesdeutschlands Diplomaten leben teuer und kosten viel Geld. Doch all dies ist notwendig - das Wirken deutscher Diplomatie bewies die "Zehner-Konferenz" in Bonn, die Wirtschaftsminister Professor Karl Schiller (SPD) einberief, um das Gleichgewicht der westlichen Währungen herzustellen. Die unermüdliche Arbeit deutscher Diplomaten im Ausland, aufreibend und zeitraubend, hat der Bundesrepublik viele Erfolge beschert, die mit Geldwerten nicht zu messen sind. Diplomaten benötigen Wohnungen, die sich auf für repräsentative Zwecke eignen.

Nicht in allen Ländern sind die Wohnungsmieten wirtschaftlich - ausgerechnet im Entwicklungsland Spanien erreichen sie wahre Rekorde. Ein Diplomat gibt umgerechnet monatlich 2 000 DM an Wohnungsmiete aus, ohne daß dies in spanischer Sicht ein Wucherpreis wäre. Für Repräsentationswohnungen wird in Spanien normalerweise eine Miete verlangt, die in vielen anderen Ländern als unzumutbar gilt. Verschiedene Regierungen, mit diesem Mietproblem konfrontiert, überlegen sich bereits, in Spanien und in anderen Ländern mit gleichgearteten Verhältnissen entweder Eigentumswohnungen zu kaufen oder Diplomatenwohnungen zu bauen, weil dies trotz der kurzfristig hohen Ausgabe langfristig billiger komme als die Beibehaltung des bisherigen Mietsystems.

Man wird sich auch in Bonn einmal überlegen müssen, ob dies nicht ein gangbarer Weg wäre. Freilich kann ein solches Wohnungsbauprogramm mit noch nicht überschaubaren Gestehungskosten verbunden sein, doch eine langfristige Amortisierung der heutigen Ausgaben ist gewiß. Der Bau von Diplomatenwohnungen sollte freilich so gehandhabt werden, daß für den wenigsten Aufwand der höchste Nutzen erzielt wird. Im Falle Spaniens wäre eine Lösung in Sicht, gelänge es, die unter deutschen Mietbelastungen seufzenden Spanier zu einer Übereinkunft über den Wohnungsbau auf Gegenseitigkeit zu veranlassen. Auch mit anderen Ländern, in denen ähnliche Probleme bestehen, sind solche Abkommen möglich, wenn beide Partner den Grund und die nötigen Hilfsmittel zu lokalen Preisen zur Verfügung stellen.

"Diplomaten-Ghettos", wird mancher entsetzte Beobachter sagen. Näher besehen ist ein solches Problem nicht schwer lösbar, wenn nur einigermaßen der Wille dazu besteht. Die französischen Diplomaten in Spanien sind bereits im Begriff, ihre Wohnungsfrage auf diesem unorthodoxen Weg zu lösen, warum sollte es für die Bundesrepublik schwieriger sein, den Diplomaten angemessene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen und dabei doch auf lange Sicht viel Geld zu sparen?

Es gibt genügend Möglichkeiten, keine ist der Weisheit letzter Schluß. Aber man sollte diese Fragen einmal genauer untersuchen und herausfinden, welche Lösung für alle Beteiligten die beste und vorzuziehbarste wäre. Nur wenn Für und Wider einer solchen Frage geprüft werden, läßt sich auch ein Weg finden, der es dem Bund erlaubt, seine internationalen Aufgaben bei geringstmöglicher Aufwand ordentlich und sachgemäß zum größtmöglichen Nutzen wahrzunehmen.

Peinliche Tage für Griechenlands Militärjunta

"Entlastungszeugen" wurden zu Anklägern

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Im Herbst 1967 haben Schweden, Dänemark und Norwegen mit der Unterstützung Hollands vor der Kommission für Menschenrechte des Europarats das Athener Militärregime der unmenschlichen Behandlung und Folterung inhaftierter griechischer Bürger beschuldigt. Die Anklage lautet damit auf Verletzung der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die vom Europarat 1950 in Rom beschlossen und von Griechenland mitunterschrieben wurde. Um die Anklage zu prüfen, entsandte die Kommission zahlreiche Vertreter nach Griechenland, die authentische Erklärungen von Inhaftierten gesammelt haben.

Jetzt tagt die Kommission und berät über die Verletzung des Artikels 3 der obengenannten Konvention, die Folterungen und jede menschenunwürdige Behandlung und Bestrafung von Häftlingen seitens der Unterzeichnerstaaten verbietet. Dieser Artikel entspricht dem Artikel 5 der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Auf Vorschlag des deutschen Bundestagsabgeordneten und jetzigen Botschafters in Belgrad, Peter Blachstein, hatte der Europarat beschlossen, prominente im Ausland lebende Griechen als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß zu hören. Neben dem ehemaligen Minister und Führer der Panhellenischen Befreiungsorganisation (PAK), Andreas Papandreou, haben die Verlegerin Helene Vlachou, die nach dem Staatsstreich das Erscheinen ihrer Zeitung einstellte und nach London floh, der frühere Minister Konstantin Mitsotakis und der Ordinarius für Verwaltungsrecht an der Universität Straßburg, Professor Phaedon Vegleris, der seinen Lehrstuhl in Athen nach dem Putsch aufgab, ausgesagt.

Andreas Papandreou hat dem Untersuchungsausschuß Originaldokumente des Athener Sondermilitärgerichts vorgelegt. Sie enthalten

eine im Auftrag der Militärregierung durchgeführte Untersuchung über den Tod des griechischen Bürgers Panajotis Gialis. Darin wird bestätigt, daß Gialis am 27. April 1967, also wenige Tage nach dem Staatsstreich, in der Athener Rennbahn ermordet wurde, wohin er mit anderen politischen Gefangenen vor dem Abtransport in die Konzentrationslager Jaros und Leros gebracht worden war.

Die griechische Militärregierung hat zu ihrer Verteidigung sechs Entlastungszeugen aufgebeten, die in einem Sonderflugzeug unter starker Bewachung in Straßburg eintrafen. Zwei von ihnen wurden jedoch überraschend zu bedeutsamen Zeugen der Anklage. Der 35-jährige Konstantin Meletis und der 38-jährige Pandelis Marketakis entkamen am Sonntagabend mit Hilfe von Mitgliedern der Widerstandsorganisation PAK ihren Bewachern und baten die norwegische Regierung um politisches Asyl. Damit hatten sie die Möglichkeit, sich vor dem Europarat frei zu äußern.

Konstantin Meletis war der Fahrer des Wagens, in dem der ehemalige Parlamentsabgeordnete der Linksextremen EDA-Partei Tsarouchas im Frühjahr 1968 auf dem Weg von Saloniki nach Athen verhaftet wurde und auf dem Rückweg nach Saloniki starb, angeblich an den Folgen eines "Herzinfarkts". In Wirklichkeit wurde Tsarouchas zu Tode gefoltert, wie Meletis jetzt vor Journalisten in Straßburg berichtete. Pandelis Marketakis hatte die Junta aus einem besonders wichtigen Grund nach Straßburg geschickt. Auf einer Pressekonferenz in Paris hatte Andreas Papandreu ihn in diesem Frühjahr als markantestes Beispiel für die Mißhandlung von politischen Häftlingen auf Kreta bezeichnet. Die Militärregierung glaubte, Marketakis dafür gewonnen zu haben, die Feststellungen Papandreus als frei erfunden zu widerlegen. Gerade dieser Mann hat jetzt erklärt, daß nicht nur Papandreu die Wahrheit gesagt habe, sondern daß die Wirklichkeit in Griechenland noch viel düsterer aussieht.

Die Menschenrechtskommission wird ihre Entscheidung im Januar 1969 verkünden. Wenn es zu einer Verurteilung kommt, würde das den Ausschluß des Athener Regimes aus dem Europarat bedeuten.